

Der Deutsche Metallarbeiter

Organ für die Arbeiter und Arbeiterinnen der Metall-, Hütten- und chemischen Industrie

Erscheint wöchentlich Samstags. Abonnementspreis durch die Post bezogen vierfach jährlich 1,50 M. Anzeigenpreis die Größe Colonialzeile für Werbegeleiche 75 Pf., Geschäfts- und Privatangebote 1 M.

Eigentum des Christlichen Metallarbeiter-Verbandes Deutschlands.

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Duisburg, Seitenstraße 17. Schluß der Redaktion: Montag Abend 6 Uhr. Zuschriften, Anzeigen, Abonnementsbestellungen sind an die Geschäftsstelle zu richten.

Alleinige Inseraten-Annahme „Echo vom Niederrhein“, Duisburg.

Nummer 15.

Duisburg, den 8. April 1916.

17. Jahrgang.

Warum?

II.

Neben einer sachlichen Ausklärung, ist die richtige Verwaltung unerlässlich für den Fortbestand unserer Organisation. Um der Verwaltungstätigkeit der Ortsgruppen X und Y. unseres Verbandes während des Krieges soll praktisch gezeigt werden, welche Erfolge eine gute Verwaltungarbeit zeitigt und woher eine nicht geregelte Erledigung dieser wichtigen Organisationsarbeit führt. Beide Gruppen liegen im Bereich des selben Acmeekorps. X. zählte vor dem Kriege 240 Mitglieder, Y. 200. X. liegt mitten im Bezirk der Großseisenindustrie. Die Strukturierung der Arbeiterschaft ist recht groß. Y. ist eine Landschaft mit weiterverarbeitender Industrie, in der noch heute über 1000 Personen beschäftigt werden. Die meisten Arbeiter sind selbstständig.

Die Ortsgruppe X. war seit jeher an selbstständiges und praktisches Arbeiten gewöhnt. Seit langen Jahren, rechneten die Vertrauensmänner am 1. eines jeden Monats mit dem Ortsklassierer ab. Sämtliche 20 Vertrauensmänner kamen trotz Ausbruch des Krieges ihrer Pflicht nach. Ein junger Kollege, der bereits am 31. Juli sofort nach Empfang des Gestellungsbefehls eintraten musste, ließ die Abrechnung und das Geld bei seiner Braut zwecks Regelung zurück. Der Klassierer, welcher am dritten Mobilisierungstag eintreten mußte, war, wie immer, so auch diesmal in der Lage, am 2. August mit der zuständigen Geschäftsstelle abzurechnen. Geld und Marke standen aufs genaueste. Auch nicht ein Pfennig ging uns verloren. In dem Bewußtsein seine Pflicht bis zum letzten Augenblick für die Organisation getan zu haben, konnte der Klassierer unserer Ortsgruppe X. in den Kampf für Vaterland ziehen.

Wie widelten sich die Verwaltungsgeschäfte zu derselben Zeit in Y. ab? Ordnung war nie die starke Seite der Ortsgruppe Y. Insbesondere war kein einheitlicher Abrechnungstermin für die Vertrauensmänner festgesetzt. Seder tat meistens was er wollte. Als die Mobilisierung kam, doch nur wenige Kollegen an die Pflichten gegenüber dem Verbande Zeit war dazu genug vorhanden, denn schon am 31. Juli wurden sämtliche Betriebe stillgelegt. Der Klassierer, welcher nicht sofort ins Feld zu ziehen brauchte, erkannte anschließend auch nicht die Bedeutung der Stunde und ließ den Dingen seinen Lauf, so kam es, daß mancher Kollege die Abrechnung unterließ, wodurch der Organisation schwerer Schaden zugefügt wurde.

In X. trat man sofort praktisch an die Reorganisation der Ortsgruppe heran. Der erste Vorsitzende mußte schon in den ersten Kriegstagen eintreten. Ohne viele Worte zu machen, übernahm sofort der 2. Vorsitzende die Leitung der Gruppe. Durch Hausbesuche stellte er fest, wer von den Vorstandsmitgliedern und Vertrauensmännern übrig geblieben war. In einer Sitzung der Vertrauensmänner und fähigen Mitglieder wurden die Bezirke neu eingeteilt und vergeben. Bevor nach Eintreten des Kriegszustandes 14 Tage vergingen, gab es in X. kein Mitglied, welches nicht wieder regelmäßig bedient worden wäre. Inzwischen kam die Neuregelung des Unterstützungswehens. Sofort wurde in X. eine außerordentliche Mitgliederversammlung einberufen, die viel besser besucht war, als die beste Versammlung in Friedenszeiten. Mit gemischten Gefühlen, übersah der Abstinent die zahlreiche Versammlung. Im Geiste sah er sich vor einer schlanken Opposition. Nicht alle Argumente, welche für die Unterstützungsänderung ins Feld geführt wurden, trafen für X. zu. Die echt gewerkschaftlichen Gedanken des Redners erzielten jedoch einen vollen Erfolg. Nicht ein Diskussionsredner kritisierte die Maßnahmen des Hauptvorstandes. Alle Kollegen waren vielmehr der Auffassung, daß nicht anders gehandelt werden könnte. Mit einem brausenden Hoch auf unsern Verband ging die Versammlung auseinander.

Was geschah zu der gleichen Zeit in Y.? Die zurückgebliebenen Kollegen eigneten sich unbegreiflicherweise die Auffassung an, daß der Krieg nur von kurzer Dauer sein werde. Sie unternahmen fast gar nichts, um ihre Ortsgruppe zu reorganisieren. Sie erhofften ein baldiges Ende des Krieges und damit die Rückkehr der fähigeren Vertrauensmänner. Nur Heranziehung neuer Funktionäre wurde kaum ein Finger gerührt. So kam es, daß selbst ein Jahr nach Kriegsausbruch eine ganze Reihe Mitglieder nicht wieder bedient wurden. Recht läßig wurde die Beitragsklassierung ausgeübt. Die meisten Vertrauensmänner meinten genug getan zu haben, wenn sie ihre Mitglieder alle 4 Wochen einmal beaufsichtigten. Die Vertrauensmänner wünschten nicht, wie es

sich gehörte, mindestens alle Monate einmal mit dem Ortsklassierer zu, sondern wie es ihnen eben paßte. Dadurch war es dem Klassierer nicht möglich, am Monatsanfang der zuständigen Geschäftsstelle die Abrechnung und das Geld einzusenden. Kam nach vielen Drängen Geld ein, dann fehlte der Nachweis, welche Mitglieder die Beiträge geleistet hatten. Das durch eine solche Abrechnungsweise jede Übersicht über die Mitgliederbewegung und Beitragszahlung verloren gehen möchte, liegt auf der Hand. Und doch hätten die Kollegen in Y. sich ganz anders führen müssen. Ein Teil der Betriebe lag monatelang still. Ein großer Teil unserer Mitglieder war arbeitslos und bezog somit Kriegsnutzungsunterstützung. Große Summen wurden ausgezahlt. Das auf der andern Seite wieder Beiträge einzahlen müssen, schien den guten Kollegen in Y. nicht in den Sinn zu kommen.

Welche Erfolge zeitigte nun innerhalb des ersten Kriegsjahres die Arbeit in X. und Y.?

Durch die gewissenhafte Weiterführung der Verbandsgeschäfte bildete sich in X. ein Stab tüchtiger Verarbeiter heraus. Die Kollegen waren schon im 4. Quartal in der Lage eine Haussagitation durchzuführen und erzielten dabei 21 Neuaufnahmen. Als im Frühjahr die Bewegung zur Erlangung von Teuerungszulagen kam, wurden die Kollegen in X. nicht müde, den Unorganisierten die Bedeutung des Verbandes zu predigen. Als das erste Kriegsjahr um war, zählte die Ortsgruppe X. von den 240 Mitgliedern noch 180. Durch die Gewinnung von 103 neuer Kollegen, war es gelungen, die Lücken immer wieder auszufüllen und dadurch das den ins Feld gerückten Kollegen gegebene Versprechen, auszuführen.

Ähnlich steht demgegenüber die Ortsgruppe Y. Da ganze 5 Neuaufnahmen erzielte die Gruppe im ersten Kriegsjahr. Der Mitgliederbestand ging von 200 auf 40 zurück. Und doch war genügend Gelegenheit da, um erfolgreiche Werbearbeit zu betreiben. Die Kollegen hatten leider die einfachsten Regeln der Gewerkschaftsarbeit nicht begriffen. Als im Sommer eine große Lohnbewegung geführt wurde, erklärten sie: Wir wollen mit der Agitation warten, bis eine Lohnerhöhung erzielt wird. Nachdem die Bewegung mit 60 Pf. täglicher Teuerungszulage abschloß, glaubten unsere meisten Freunde, mit der Werbearbeit warten zu können, bis die Zulage abgezogen würde. Also neben der Verstärkung der Beitragsleistung und Beitragsklassierung, größte Laufheit auch auf dem Gebiete der Werbearbeit. Die Erfahrung lehrt, daß, wo die Verwaltungarbeit nicht fortsetzt geht, wird auch die Agitation lässig behandelt wird.

Aus obigen Darlegungen geht klar hervor, daß die rechte Erziehung unserer Mitglieder und die korrekte Erledigung der Verwaltungarbeit, unerlässlich für den guten Stand unseres Verbandes sind. Verbreiten wir diese Erkenntnis recht intensiv in den Kreisen unserer Kollegen, vor allem aber handeln wir danach.

Wirtschaftspolitik im alten und neuen Deutschland

In der Reichstagsitzung vom 11. Januar 1916 sagte der Staatssekretär im Reichsamt des Innern in einer Rede unter anderem: „Alles das, was wir jetzt tun, sieht in vollem Widerspruch mit den politischen und rechtlichen Anschaunungen, die unser volkswirtschaftliches und politisches Leben zu Anfang des Krieges befreit haben. Es ist nicht leicht, ein ganzes Volk und eine ganze Verwaltung in wenigen Monaten zu einem völligen Umdenken und Umlernen zu veranlassen.“

Diese Worte bezogen sich vor allem auf die durch den Krieg erzwungene Änderung unserer Wirtschaftspolitik und die Umbildung der Lebensmittelversorgung. Über die „Neuorganisation unserer Lebensmittelversorgung“ macht Professor Martin Spahn in der Zeitschrift „Deutsche Arbeit“, Monatsschrift für die Bestrebungen der christlich-nationalen Arbeiterschaft (Aprilheft 1916) sehr beachtenswerte Ausführungen, auf die in folgenden Ausführungen wesentlich Bezug genommen wird.

Der Ausbruch des Krieges fand uns wirtschaftspolitisch nicht ganz hinreichend gerüstet. Vor dem Krieg, in der Weltkrise der letzten Jahre, ergab sich für Deutschland die Notwendigkeit, seine Rüstung aufmerksam zu prüfen für den Fall eines kriegerischen Zusammenstoßes. Heer und Flotte sind deshalb mit allen Mitteln ausgebaut, verbessert und immer wieder auf Kriegsbereitschaft überprüft worden. Es erfreut uns heute merkwürdig, daß unser Wirtschaftswalter nicht mit der gleichen Sorgfalt

Gegenstand der Verbesserung und Ausbildung auf Kriegsbereitschaft wurde. Es hätte anders sein müssen und anders sein können.

Mit Bewunderung lesen wir heute, in alten Beiträgen blätternd, welchen Raum in den interpolitischen Erörterungen der letzten zwei Jahrzehnte vor dem Kriege Berechnungen darüber einnahmen, wie es um unsern Bedarf und unsere Erzeugung an Getreide futtermitteln, Kartoffeln, Fleisch, Fleisch und Fett bestellt sei, ob und wieviel wir uns im Falle eines Krieges selbst ernähren könnten. Aber zugleich bemerkten wir auch, daß in den meisten Fällen materielle Interessen, daneben allmählich immer stärker parteipolitische Berechnung und Leidenschaft, nicht jedoch staatsmännische Einsicht den Antrieb zu solchen Reden gab. Deshalb rang sich aus den Reden nicht der rechte Willen los, bei Zeiten das notwendig Verdiente zu tun. Es gab eine Politik des Schutzes der nationalen Arbeit. Die Nation beschäftigte sich mit ihr in Rede und Gegenrede seltener mehr, als mit irgend einem anderen Gebiete ihres staatlichen Lebens. Aber diese Politik wurde nicht fortgebildet. Das es sie gab, und daß sie auch über den Gesichtskreis der politischen Parteien und bei öffentlichen Meinung hinaus eine politische Wirkung auf das gesamte Reußere wie innere Dasein der Nation hatte, verdankte unser Vaterland nicht denen, die so viele Worte darüber machten und so heftig stritten. Bismonds Ranzerschaft wirkte darin nach.“

Bismarck sah voraus, wie sehr das deutsche Reich von allen Seiten von Feinden umstellt sein würde, und welchen Kampf es um seine Existenz würde führen müssen. Sein Bestreben ging dahin, das Wirtschaftsleben so zu gestalten, daß Deutschland im Notfall mit seinen inneren Vorräten weiterexistieren und im Falle der Abschließung seines Reichs aus eigenen Kräften weiterzuführen verstände. Dazu zielt die 1878 begonnene Schutzzollpolitik und ebenfalls die kurz darauf einsetzende Sozialpolitik.

„Indem Bismarck uns, ohne die nach außen gerichtete Triebkraft des deutschen Wirtschaftslebens zu versperren, durch die Schutzzollpolitik eine leistungsfähige Landwirtschaft erhielt und der Industrie die Fähigung mit dem heimischen Markt zu erhalten, und indem er durch die Sozialpolitik den sozial Schwächeren, zumal der industriellen Arbeiterschaft, kostwoll aufzuhalt halte, schwante ihm als endliches Ergebnis eine durchdringende Festigung des Zusammenhaltes zwischen allen Ständen des deutschen Erwerbslebens und dem Staat, die rechtzeitige Stärkung der staatlichen Widerstandskraft gegen den vorangegangenen Druck einer übermächtigen äußeren Staatenverbündung wider Deutschland vor.“

Bismarck legte das Fundament für unsern heutigen Bestand. Leider blieb unter seinen Nachfolgern das Gebäude unausgebaut. Das Einzige, was geschah, war, daß die vom ersten Kanzler eingeschlagene Schutzzoll- und Sozialpolitik nicht wieder aufgegeben wurde. Wäre es geschehen, so wäre mit dem Ausbruch des Weltkriegs das Schicksal Deutschlands besiegt gewesen. Schwerer ging ferner wir heute, daß der vernachlässigte Ausbau jener Bismarckschen Grundpolitik uns durch schrümme Gruppen führte. Seit 1890 bis zum Kriege sind nur zwei Schritte in jener Richtung erfolgt. Der erste war, daß die christlich-nationalen Arbeiterschaft im Jahre 1902 mit der großen Zahl der in ihr vereinigten Arbeiterschaften es grundsätzlich ablehnte, sich auf den bloßen Verbraucherstandpunkt im Wirtschaftsleben zu stellen. Es war eine nationale Tat, daß sie die Frage der Schutzzollpolitik nicht als eine aus bloßen Standesinteressen zu beurteilende hinstellte. In einer Resolution des Ausschusses des Gesamtverbandes wurde das damals ausgesprochen: „Die Frage der landwirtschaftlichen Schutzzolle trifft alle Staatsbürger und ist eine eigentliche staatspolitische.“ Mit Recht sagt Spahn, daß dadurch „die Schutzzollpolitik noch einmal auf ein Dukzen Jahre hinaus wieder bestigt werden“. Der zweite Schritt in der Richtung Bismarcks war ein vor 1900 eingehendes konservativer Antrag, der die Monopolisierung des Getreidehandels zu einer planmäßigen und befriedigenden Versorgung der Bevölkerung mit den unentbehrlichen Lebensmitteln in Friedens- und Kriegszeiten aufsuchte. Die letztere Bewegung schämte selbst in konservativen Kreisen bald wieder ein. Die christlich-nationalen Arbeiterschaft wurde durch die ersten Kämpfe um ihre Existenz von gewöhnlichen Arbeiten lange Jahre gehindert. Wie anderen Kreise aber gingen eben in einer Richtung weiter, die jetzt im Kriege ein völliges Umdenken und Umlernen im volkswirtschaftlichen Leben erforderlich machte. Bismarcks Politik hätte fortgeführt werden müssen.

durch eine wohlausgebauten Wirtschaftsstatistik, durch Erweiterung der Sozialpolitik mit Sicherstellung und erhöhter Anzahlung von Lebensmitteln und Viehfutter und durch eine noch ausgedehntere Sozialpolitik für die freien Massen der Erwerbstätigen in Maßnahmen für die Volksgesundheit und die Sicherung des Lebensbedarfs zu angemessenen Preisen. Vor allem haben die politischen Kreise es daran gesetzt lassen, daß der Staat Einfluß auf die Preisbildung gewann.

Als der Krieg ausbrach, waren wir also wirtschaftlich nicht überall gut gerüstet. Anfangs schaute man noch weiter, indem man mit dem baldigen Frieden rechnete. Dann erfolgte als erste Maßnahme auf wirtschaftlichen Gebiete die Festsetzung von Höchstpreisen. In der Regel ließ man es dabei bei den Erzeugnissen der Landwirtschaft bewenden, ohne an deren Bedarf zu denken. Die Folge waren schwere Missstände für die Landwirtschaft. Dann ergab sich, daß Höchstpreise nicht ausreichend wirkam sind, wenn nicht genügend Vorräte für die Bevölkerung bereitgestellt sind. Im ersten Kriegsjahr wurde nur für Getreide die Beschaffung nach Durchführung und die Versorgung der Bevölkerung mit Milch und Brot allgemein geregelt. Ein ganzes Jahr verging, ehe am 25. September 1915 durch die Verordnung über die Preisverstellungsfälle und die Regelung des Verkehrs mit Lebensmitteln einigermaßen durchgreifende Maßnahmen wirtschaftspolitischer Natur getroffen wurden. Fehler wurden besonders bei der Kartoffelversorgung im Jahre 1915 gemacht, bis durch die vorbeschagte Verordnung endlich in der ganzen Lebensmittelversorgung Wandel geschafft wurde. Diese Verordnung, im Verein mit der vom 4. November, berlich den Kommunalverbänden und größeren Gemeinden das Recht, entweder selbst oder durch beauftragte gewerbliche Unternehmen die Beschaffung und Verteilung der unentbehrlichen Lebensmittel mit gleichzeitiger Preisbildungspolitik zu regeln. „Der entscheidende Schritt war endlich getan. Beide Verordnungen zusammen eröffneten endlich die Aussicht auf eine gründliche Fortbildung der Bismarck'schen Wirtschafts- und Sozialpolitik, auf eine Politik der planmäßigen Sicherstellung der ganzen Ernährung des gesamten Volkes durch behördliche Vorratsbeschaffung und Vorratsverteilung in Verbindung mit einer wirksamen Preisbildungspolitik.“

Der Erfolg war allerdings anfangs noch gering und erst langsam wurde es besser. Die Schwierigkeiten waren zu schwer zu überwinden, und die Hemmungen saßen infolge unserer bisherigen Politik zu tief eingewurzelt in unserem Volke und in den Behörden. Zwei Umstände vor allem sind da bemerkenswert, ein gewisser partikularistischer Geist in der deutschen Volkswirtschaft und dann ein Baubau der Reichsregierung selbst bei der Durchführung der Verordnungen. Das erste Hemmnis zeigte sich in folgendem: Die einzelnen Bundesstaaten, öfters auch die einzelnen Generalkommandos, regelten das Wirtschaftsleben zu sehr in bloßer Verstärkung ihrer eigenen Grenzen, ohne genügend auf das ganze Reich Rücksicht zu nehmen. Ausfuhrverbote schützten die in einzelnen Gebieten vorhandenen Lebensmittel, und zwar nicht selten selbst dann, wenn dort manchmal ganz reichliche Vorräte vorhanden waren, ansonsten aber der notwendigste Bedarf nicht gedeckt werden konnte. Man sieht das besonders an der Verteilung der Butter im Auslande. In den seit dem neuen Jahre einzehenden Besitzungen zur Organisation des Viehhandels drohen ähnliche Missstände Platz zu greifen. Am bedenklichsten zeigen sich die Missstände eines solchen Partikularismus in der Entwicklung der Renteneinkaufsgesellschaft. Sie hat den Zweck, die notwendigste vom Auslande zu beziehenden Güter

dort zu kaufen und Preistreibereien, die durch gegenseitige Ueberblüfung privater Händler leicht eintreten könnten, zu verhindern. Der Partikularismus der heimischen Gebiete verleiht sie jedoch, oft auch Lebensmittel einzukaufen, die bei einer einheitlichen Organisation des gesamten deutschen Wirtschaftsgebietes ganz oder zum Teil vom Auslande aufgebracht werden könnten. Es tritt dadurch eine unnötige Schwächung unserer Wirtschaftskraft ein. Der zweite Mangel, der die volle Entfaltung der Verordnungen hemmt, ist das Baubau der Reichsregierung bei der Durchführung derselben. Sie konnte sich zu schwer von dem alten Geiste der bisherigen Wirtschaftspolitik lösen. Mit den Maßregeln zur Durchführung der Bestimmungen kam sie bis heute immer reichlich spat, nachdem erst die um sich greifende Not sie dazu gezwungen hatte. Das längste Beispiel dafür ist ihr Verhalten in der Regelung des Butterverbrauchs. Maßnahmen zur Verteilung der Butter im Auslande, zur Einschränkung des allgemeinen Verbrauchs und zur Abgabe besonders an butterbedürftige Gebiete gibt es bis heute nicht. Butterkarten sind erst da eingeführt, wo gleichzeitig der ärgste Buttermangel herrscht. In den kleinen Städten und das plattdeutsche Land, wo Butter vorhanden ist, gibt es noch keine Maßregeln. Aehnlich steht es mit der weit wichtigeren Milch. Die ländlichen Gebiete haben mehr, als der Durchschnitt der Nation sich leisten kann. Das Baubau der Regierung übt natürlich keinen Einfluß auf die Gemeinden bei der Durchführung der Verordnungen. Das ist leicht verständlich, da der Erfolg aller organisatorischen Arbeit nicht durchschlagend und nicht sicher sein kann, wenn nicht das Reich unter gleichen Grundlagen für alle Landesteile allgemein die Durchführung der Verordnungen betreibt. „Für jedes einzelne Lebensmittel gibt es in Deutschland Gebiete, die sich selbst versorgen, Überschuß- und Zusatzgebiete. Sie ordnen und die Verbindung zwischen ihnen herstellen kann das Reich.“

Heute haben wir schon manches aus den früher begangenen Fehlern gelernt. Die allgemeine Beschlagsnahme der Kartoffeln ist durchgeführt. Missstände in der Verteilung beruhen vielfach noch in der Neuartigkeit des Verfahrens und im Mangel an Erfahrung. Milch, Butter, Fette und Fleisch werden vielleicht bald folgen. Es ist Zeit, daß es geschieht. Das deutsche Volk in seiner Gesamtheit muß die Wichtigkeit dieser Frage einsehen und die Regierung bei ihren Maßnahmen unterstützen.

Die Not der Zeit zwingt uns, die eingeschlagene Bahn in unserer Wirtschaftspolitik zu verfolgen: Stärkung der heimischen Wirtschaft, zielbewußte Weiterbildung der Sozialpolitik, Pflege der Volkswirtschaft, Sicherung und billigen Bezug des Lebensbedarfs, vor allem heute, aber auch für die Zeit nach dem Kriege.

„England ist mit seiner alten Kenntnis der Bedeutung der wirtschaftlichen Seite dieses Krieges längst davon, unsere wirtschaftliche Abschaltung vom Weltmarkt über die Zeit der dominierenden Geschäftszweig und des Blutvergießens hinaus zu organisieren. Auch was unsere Behörden auf dem Gebiete der Lebensmittelversorgung noch tun werden, wird nicht nur für die letztere oder längere Frist bis zum Friedensschluß festzuhalten sein. Der Drang der Anordnungen und Einschränkungen mag nachher wieder etwas loscheren werden. Ein wenig mehr Spielraum wird der individuellen Neigung vielleicht wieder vergönnt werden dürfen. In der Sache wird es sein Bewenden dabei haben müssen, daß der durch den Krieg uns abgerungenen Ausbau der Bismarck'schen Wirtschafts- und Sozialpolitik nicht wieder abgebrochen wird. Es ist ganz unabhängig von dem zufälligen Verlauf des gegenwärtigen

Krieges, eine Folge unserer geographischen Lage und unseres auf absehbare Zeit schwerlich sich ändernden Verhältnisses zu den übrigen Großmächten.“

Einer gefundenen Zukunft gehen wir also nur entgegen, wenn wir in der Wirtschaftspolitik neue Bahnen wandeln, wie sie in den nächsten lange vorhanden sind. Der Bruch mit der Tradition darf uns nicht scheuen. Auch die Wirtschaft greift tief in den Lebenskreis des Individiums ein, zwingt alle zum Besten aller. Letztlich wird ein Drang in Produktion und Konsumtion, nämlich Förderung und Richtlinien in der Herstellung einerseits, anderseits Sicherstellung und Preisfürsorge im Verbrauch, dem Bestand und der Wohlfahrt der Gesamtheit dienen. Aus Not geboren, soll diese Erfahrung auch der Tätigkeit des Friedens klare Richtung geben!

Allgemeine Rundschau

Wann und in welchen Fällen tritt eine Erhöhung der Rente ein?

Nicht selten wenden sich Rentenempfänger an die Sicherungssträger mit der Bitte um Erhöhung ihrer Rente, weil sich ihr Leiden verschärft habe, und sie keine Arbeit mehr verrichten können.

Wenn auch in gewissen Fällen eine Rentenerhöhung zulässig ist, so könnte doch manche Eingabe erspart bleiben, wenn die Betreffenden zwischen Invaliden- und Unfallrente einen Unterschied zu ziehen wüssten. Letzterer ist nämlich nicht unbedeutsam. Die Invalidenrente setzt die Landesversicherungsanstalt, die Unfallrente die Berufsgenossenschaft fest. Invalidenrente wird gewährt, wenn der Berichter die Wartezeit erfüllt und die Unfallrente aufrecht erhalten hat, außerdem muß eine 65%ige Arbeitsbeschränktheit mindestens vorhanden sein. Was die Höhe dieser Rente anlangt, so richtet sie sich im Gegensatz zu der Unfallrente nach der Anzahl und der Höhe der geleisteten Marken und gewisser, der Markenverwendung gleichwertiger Erfahrungsfaktoren (Krankheits- und Weißkäufersdienstzeiten); diese Rente steht also dem Betrag nach unbedeutsam fest. Wird der Rentenempfänger später in noch höherem Grade erwerbsbeschränkt oder gar völlig erwerbsunfähig, dann kann ihm gesetzlich auch eine höhere Rente zugestanden werden und sind alle Eingaben an die Landesversicherungsanstalten in solchen Fällen. Erfolgt. Nur in dem einen Falle, wenn dem Rentenempfänger ein Kind geboren wird, steht ihm Anspruch auf Erhöhung seiner Rente zu. Er bekommt dann einen sogenannten Kinderzuschuß (letzterer beträgt für jedes Kind unter 15 Jahren 1 Gehalts der Invalidenrente.)

Anders verhält es sich bei der Unfallrente. Die Höhe richtet sich in erster Linie nach dem Grade der erlittenen Erwerbsbehinderung.

Verschärft sich also ein Leiden, so steht dem Rentenempfänger Anspruch auf Erhöhung seiner Rente zu. Es muss sich aber um eine wesentliche Verschärfung (mindestens 10 Prozent) des Leidens handeln und muß dies auch auf den Unfall zurückzuführen sein. Ist daher beispielsmäsig ein Auge durch einen Unfall verlost, so ist bei einer vom Unfall unabhängigen Verschärfung des anderen Auges eine Veränderung der bei der Rentenfestsetzung maßgebend gewesenen Verhältnisse nicht vor und es ist daher auch kein Grund zur Rentenerhöhung gegeben. Dies gilt selbst dann, wenn das andere Auge bereits zur Zeit der ersten Rentenfestsetzung erkannt war, dieser Zustand bei der Benennung der Rente berücksichtigt worden ist und die Krankheit dann unabhängig vom Unfall fortgeschreitet.

Sturm gegen die Sozialpolitik

In einer Versammlung des Unternehmensvereins „Osenblüte“ am 11. März 1916 in Düsseldorf behandelte Darsteller Daelen die englischen Subsistenzverhältnisse. Nach

ter erst erlangten sie die Kenntnis des Eisens von den Nachbarvölkern, den Phöniziern und Philistern, welche indeß ihre Kunst vor den Juden lange gehemmt zu halten, so daß diese das Eisen weder zu gewinnen noch zu bearbeiten verstanden und lange Zeit auf die erwähnten Völkerschaften zur Deckung ihres Bedarfs an Eisen und Eisengütern, besonders auch an Eisenwaffen, angewiesen waren. So heißt es im ersten Buch Samuel, daß die Juden ihre eisernen Schwerter weber schmieden noch schärfen konnten, sondern diese Arbeiten erst den Philistern gegen hohes Entgelt ausführen lassen mußten. Erst zur Zeit des Königs David bildete sich auch im Lande der Juden eine eigene Eisentechnik, und die Bibel erzählt, daß König Salomon zur Förderung seiner im seiten Jahr seiner Regierung den Waffenhersteller Hurum aus Thrus in sein Land berief. Wohljahrten in der Kunst der Eisenbearbeitung waren die alten Jäger. Ihr Eisen, daß sie bereits zu scharfen verstanden, war hochgeschmolzen seiner vorzülichen Eigenschaften für die Herstellung von Waffen, und indischer Stahl galt bei allen als kostbarst. So erobert Alexander der Große, nachdem er Indien unterworfen hatte, von dem bestegten König Porus einen dreifig Pfund schweren Barren indischer Waffenstahl als wertvolles Geschenk. Von den Römern ging die Eisentechnik auch auf die Babylonier, Assyrer, Meder und Perse über, die bereits eine sehr ausgedehnte Verwendung des Eisens betrieben und dieses Metall sowohl zu Waffen wie zur Waffenherstellung in großem Maßstabe verarbeiteten. Römten sie doch bereits ganze eiserne Kriegswagen, die mit römischen eisernen Kriegshäuzen, Panzerung und Panzerautomobil, gelten lassen können.

Von den osmanischen Völkerschaften gelangte die Kenntnis des Eisens und seiner Verwendung für die Waffenherstellung auch zu den europäischen Völkerschaften, und zwar zuerst zu den Griechen. Auch bei diesen waren zuerst Krieger, Ritter, Ritter und Bronze die Metalle, aus denen sie ihre Waffen fertigten, und die Waffen dieser Art erhielten sich auch hier noch lange und in ausgeprägtem Maße, nachdem ihnen das Eisen bekannt geworden war. Dann aber war es, wie überall, so dass

Die Metalle in der Kriegstechnik

Dr. W. (Nachdruck verboten.)

II.

Etwa um das Jahr 5000 vor Beginn unserer Zeitrechnung haben wir zum ersten Male das Metall als Waffenmaterial vor. finden wir die ersten Metallwaffen in Gebrauch. Das Herstellungsmaterial dieser altesten Metallwaffen war nicht das Eisen, das heute das wichtigste und meistverwendete aller Kriegsmetalle ist, sondern waren Kupfer und Zinn und die aus diesen beiden Metallen durch Legierung (Sennung) gewonnene Bronze. Das war so war und nicht das Eisen auch über doch gleichzeitig mit den anderen Metallen, sondern erst einige Jahrtausende später als diese in den Dienst des Menschen und der Waffenfertigung trat, hatte seiner Gründen darin, daß Kupfer und Zinn viel leichter aus Erzen zu gewinnen sind als das Eisen und daher auch umso leichter als dieses in den Gejagtenkreis des Menschen traten. Allerdings sind Kupfer und Zinn verhältnismäßig weiche Metalle, Eisenhäute, die bei den Römern aus diesem Material zu Rüstungen wurden. Aber schon sehr bald lernte der Mensch, daß sich durch Vermischen verschieden nach einem bestimmten Gewichtsverhältnis ein neues Metall ergibt, das von ungleich größerer Härte und Schlagfestigkeit als jenes war und demgemäß auch Schäften und größeren Geschützen und Waffenkeit ließ. Dieses aus dem Eisen und Zinn zusammengesetzte oder, wie wir sagen durch Legierung von Kupfer und Zinn gewonnene neue Metall war die goldfarbige Bronze, die seitdem die Waffenfertigkeit wie überhaupt die Herstellung metallener Gebrauchsgegenstände einige Fortschritte hervorzuheben scheint und zwar in einem solchen Maße, daß wir geradezu von einem Kriegstechnikus sprechen. Bei den ersten Kulturstufen der Chinesen, den Indiern, Babylonier, Ägypten, Chaldäern, Mesopotamien usw. finden wir neben zahlreichen und verschiedenartigen anderen Geschäftszweigen und Werkzeugen auch die ersten und ältesten Bronzestücke vor, wie bronzeene Beile, Säcke, Pfeile, Lanzen, Schwerter, aber auch Knochen und Steinäxte und solche Bronzer aus Bronze

einem Bericht der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung“ (Nr. 202, 1916) erblickte der Redner einen großen Nachteil für die Leistungsfähigkeit der englischen Eisenindustrie in der Machtstellung der Gewerkschaften, unter der die Arbeitgeber sehr zu leiden hätten. Besonders schädlich wirkte die kurze Arbeitszeit, die in der dortigen Industrie üblich sei. Abg. Dr. Beumer spann den Faden weiter und meinte, die englischen Gewerkschaften entsprächen in keiner Weise der Solidarität, die zwischen Kapital und Arbeit bestehen soll, sie sägten den Ast ab, auf dem sie selbst säßen.

Diese Kritik an den englischen Arbeiterorganisationen könnte die deutschen Arbeiter eigentlich fast lassen; aber man merkt die Absicht und wird verstimmt. Denn in Wirklichkeit soll die Gewerkschaftsbewegung im allgemeinen damit getroffen, als fortgeschrittsfördernd und industrieschädigend hingestellt werden. Dr. Beumer hat diese Absicht auch garnicht zu verschleiern gesucht. Nach dem vorhin angezogenen Bericht betonte er im weiteren Verlauf seiner Ausführungen den „Herr-im-Hause“-Standpunkt, den er dahin verstanden wissen will, daß der Unternehmer in seinem Betrieb allein zu bestimmen habe. Er stützte ferner an den Geheimräten Kritik und verurteilte den Standpunkt des Reichsamts des Innern über die Bildung von Arbeiterausschüssen. „Wir sollten an den englischen Verhältnissen lernen,“ so schlussfolgerte Dr. Beumer, „und die gleichen Rechte mit den Arbeitern auf die stadtbürgerschen Rechte beschränken.“

Die bekannte schroff ablehnende Haltung gegenüber jeglichem Mitbestimmungsrecht der Arbeiter, wie sie die Großindustrie bisher stets eingenommen hat. Auch der Krieg hat keinerlei Wandlung in dieser rein kapitalistischen Auseinandersetzung herbeizuführen vermocht. Der Vorstoß der Eisenhüttenmänner gegen die Geheimräte und das Reichsamt des Innern hat seine besondern Gründe. Von Regierungsseite ist eine gesetzliche Regelung der rechtlichen Verhältnisse der Wirtschaftsorganisationen angeknüpft. Die Unternehmer befürchten, daß den Arbeitergewerkschaften ein größerer Einfluß im öffentlichen Leben eingeräumt werden könnte. Dem suchen sie frühzeitig vorzubeugen und schleppen den Wanowau der angeblich industriefeindlichen englischen Gewerkschaften herbei, um die Gesetzgeber in Deutschland mit den „Gefahren“ der gewerkschaftlichen Machtentfaltung zu schrecken. Das ist der Zweck der Übung! In Deutschland werden und können diese Beziehungen keinen Erfolg haben. zunächst ist es eine bis-

strebungen keinen Erfolg haben. Zunächst ist es eine bis-
her unbewiesene Behauptung, daß die Rückständigkeit der
englischen Industrie durch die kürzere Arbeitszeit und die
Macht der Gewerkschaften verursacht sei. - Rügt auf die
kurze Arbeitszeit in England ist der Vorsprung der deut-
schen Industrie zuzulässig, sondern auf die Tückigkeit
der deutschen Unternehmer und Arbeiter. Die englischen
Industrien mit kurzer Arbeitszeit bilden nur einen gering-
fügigen Teil; sie sind aber gerade diejenigen Gewerbe, die
jede Konkurrenz bestehen können, oder wie z. B. die Baum-
wollspinnereien unerreicht dasieben. Ueberwiegend sind in
der englischen Arbeiterschaft die Ungelehrten, die unter
elenden Arbeitsverhältnissen leben. Es braucht nur auf
den erschreckenden Umfang der Kinderarbeit in England
hingewiesen zu werden. Die englischen Zustände sprechen
mithin nicht gegen, sondern für den Ausbau der Sozial-
politik.

Die Arbeiterschaft sieht, was sie zu erwarten hat. Jetzt heißt es noch, dem Sturm begegnen, der sicher losbrechen wird. Nur wenn wir gesittet sind, gelingt es uns zu siegen und das ist nur möglich, wenn die Organisationen stark sind. Kollegen, seid bereit!

Umgehung der Höchstpreise

Über dieses Thema schreibt die „Köln. Btg.“: „Die Zeitungen sind ganz mit Recht mit Klagen angefüllt über hartrückige Umgehungen des Höchstpreises durch tatsächlichen oder vorgetäuschten Eriß inländischer, durch Höchstpreise gebundener Lebensmittel durch ausländische. Als im Herbst vorigen Jahres die Gemüse-Höchstpreise eingeführt wurden, verschwand plötzlich alles Gemüse aus dem Markt, um erst nach Wochen, nach Erhöhung der Höchstpreise, wieder aufzutreten. Von dem Augenblick, da wir

Höchstpreise für Wild bekamen, hörten auf den Berliner und andern großstädtischen Märkten sämtliche Zufuhren unzähllich auf; der Großhandel hatte sich, offenbar weil ihm der Gewinn zu sehr beschränkt war oder weil er sich eine Einmischung in seine Preise überhaupt nicht gefallen lassen wollte, von selbst ausgeschaltet. Dafür bekamen die Bauern z. B. in der Wartzegegend, in den Provinzen Sachsen und Hannover, aber sicher auch in anderen Teilen des Reiches, mit einem Male Hasen und Rehe in ungeahnten Mengen und zu spottbilligen Preisen angeboten. Wir haben aus dem eigenen Munde solcher Bauern diese Sicherung gehört, sie hätten bisher in ihrem ganzen Leben noch nie soviel Hasenbraten gegessen, wie nun innerhalb weniger Wochen. Dieselbe Erscheinung wiederholte sich dann nach der Einführung der Höchstpreise bei dem Süßwassersfischen, die noch heute nicht obet kaum zu kaufen sind. Besonders bezeichnend waren und sind über doch die Erfahrungen, die das verbrauchende Publikum mit dem sogenannten ausländischen Schweinefleisch hat machen müssen. Seit Wochen und Monaten verkaufen unsere Fleischer, in allen großen, aber auch in zahlreichen kleinen Städten überhaupt nur noch angeblich „ausländisches“ Schweinefleisch, in einem Umfang, der auch bei dem größtmöglichen Verdacht erwecken muß. Eine einfache Schätzung der seitgebotenen Mengen „ausländischen“ Schweinefleisches muß nach wiserer Überzeugung feststellen, daß die tatsächliche, statistisch leicht zu erfassende Zufuhr nur einen ganz geringen Bruchteil der Mengen ausmachen kann, die als ausländisches Fleisch verkauft werden. Die neue Bundesratsverordnung, die den Verkauf ausländischen Schweinefleisches aus den Staaten, in denen insländisches Fleisch seitgeboten wird, verbietet, hat nach den bisherigen Beobachtungen und Mitteilungen nur die Folge gehabt daß noch weniger als bisher insländisches und nun erst recht „ausländisches“ Fleisch zum Verkauf gestellt wird. Die weitere Bestimmung, daß nur ein Drittel der angekaufsten Schweine bewurstet werden dürfe, ist von vielen Fleischern so ausgelegt worden, daß sie beispielsweise drei Schweine kaufen, eines, das insländische bewursteten, die beiden andern, die ausländischen, aber zum Verkauf stellten, selbstverständlich zu den dafür zugelassenen, die Höchstpreise weit übersteigenden Säzen.“ Auch nach dieser Seite hin ist ein ganz energisches Durchgreifen der Regierung

* Kriegsverletzen-Fürsorge

Für den Bereich des 7. Armee корпус ist eine Arbeits-
nachweiszentrale für Kriegsbeschädigte in Münster i. W.
Landeshaus eingerichtet worden, die unter Leitung des
Herrn Hauptmannes d. L. L. Stoeber steht.

Die Zentrale hat die Aufgabe, alle Angebote und Nachfragen bezügl. Unterbringung von Kriegsbeschädigten zu sammeln und die Stellungsvermittlung in die Wege zu leiten. Es ist dies besonders deshalb empfehlenswert, weil jetzt bei allen Ersatztruppenteilen, bei denen sich Kriegsbeschädigte befinden, Beratungsstellen eingerichtet sind, die ihrerseits Kriegsbeschädigte dieser Zentralstelle zwecks Unterbringung in geeignete Berufe namhaft machen werden. Infolgedessen wird zu erwarten sein, daß bei regem Angebot und reger Nachfrage den Kriegsbeschädigten zur Erreichung einer Anstellung leicht verhelfen werden kann und den Arbeitgebern die fehlenden Arbeitskräfte nachgewiesen werden können. Die Adresse lautet: An die Arbeitsnachweiszentrale für Kriegsbeschädigte des 7. Armeekorps Münster, Landeshaus, Fernsprecher 2200 bis 2203.

Bekanntmachungen des Vorstandes

Da die Beiträge immer für die kommende Woche im voraus zahlbar sind, so ist für Sonntag, den 9. April der fünfzehnte Wochenbeitrag für die Zeit vom 9. April bis zum 15. April fällig.

*
Wir erjuchen unsre Kollegen im Felsd. sowie die
Frauen unsrer Kollegen, jede Adressenänderung sofort

ihrer betreffenden Ortsverwaltung mitzuteilen, damit die Ortsgruppe in steter Verbindung mit ihnen bleiben kann.

Aus dem Verbandsgebiet

Nachen. Unsere Generalsversammlung war trotz der persönlichen Einladungen nur mäßig besucht. Dem Bericht des Kollegen Wolfs ist folgendes zu entnehmen: Die Lage der Metallarbeiter im Aachener Bezirk lässt noch sehr viel zu wünschen übrig, da einzelne Sparten in der Metallindustrie noch nicht vollauf beschäftigt werden. Wenn auch die Maschinen- und Motorsfahrzeugfabriken zum größten Teil gut beschäftigt sind, so treten doch auch Perioden ein, wo die Arbeit nachlässt, wenn auch keine Feierschichten eingelegt werden. Bei Vergebung von Kriegsanträgen haben jedenfalls die Aachener Fabrikanten den richtigen Moment verpaßt. Am schlimmsten sieht es in der Nadelindustrie aus. Wenn auch einige Nadelfabriken gut beschäftigt sind, so wird doch in den meisten Fabriken trotz der zahlreichen Einberufungen zu den Fähnen mit verkürzter Arbeitszeit, sogar nur 2 Tage in der Woche gearbeitet. Das trifft besonders in den Betrieben zu, welche für den Export nach überseeischen Ländern arbeiten. Daß die Lage unserer hiesigen Metallarbeiter nach dem Kriege nicht leicht sein wird, erklärt sich aus verschiedenen Gründen, und daß die Gewerkschaften Arbeit genug haben, liegt auf der Hand. In den Betrieben läßt manches zu wünschen übrig, besonders bei den Jugendlichen. Hauptsächlich handelt es sich hier um Herstellung von Kriegsmaterial. Es muß ja zugegeben werden, daß die jungen Leute in der ersten Zeit in manchen Betrieben schönes Geld verdienten, dafür aber auch über ihre Kräfte geleistet haben. Die Preise für Stilkarbeit sind dadurch gehörig heruntergebracht worden, so daß ein erwachsener Arbeiter keinen anständigen Lohn verdienen konnte. In einem Falle konnten wir feststellen, daß der Preis für eine Arbeit von 10 auf 4 Pf. heruntergesetzt wurde. In den meisten Fällen wo Abzüge gemacht wurden, ließen die Arbeiter sich dieses zu billig gefallen, auch war es sehr schwer darüber zu kommen.

Un Erfolgen haben wir im verflossenen Jahr nicht viel aufzuweisen. Dass es in manchen Betrieben nicht gut aussieht, haben sich unsere Kollegen zum grossen Teile selbst zuschreiben, da sie es lieber oft an der notwendigen Arbeit für den Betrieb haben fehlen lassen. Von den drei Metallarbeiterorganisationen wurden sowohl an den Arbeitgeberverband als auch an die einzelnen Arbeitgeber wiederholt Eingaben um Sohn- oder Leistungszulagen gestrichen. Versammlungen, welche zu diesem Zweck einberufen wurden, waren schlecht besucht. Demgegenüber war auch der Erfolg. Antworten auf diese Eingaben sind nur vom Arbeitgeberverband und von drei Firmen eingelaufen. Für sechs Betriebe konnten wir nur eine Aufbesserung buchen.

Neben den Stand der Ortsverwaltung Kochen während des Krieges ist folgendes zu sagen. Zu den Fahnen wurden 1028 Kollegen insgesamt einberufen. Eine große Anzahl trat aus. Für den Austritt wurden verschiedene Gründe ins Feld geführt. 1. Weil keine Krankenunterstützung mehr gezahlt wurde. Der allergrößte Teil trat aus, weil sie ungetreue während des Krieges glorbierten, die Beiträge zu sparen. Unter diesen befinden sich schon einige, welche ihren Austritt bereit haben, sie wurden arbeitslos und glaubten dennoch vom Verband Arbeitslosenunterstützung zu bekommen. Ein weiterer Verlust an Mitgliedern ist darauf zurückzuführen, daß ein großer Teil unserer Vorstandsmitglieder und Betrauensmänner bei der Mobilisierung gleich einzitieren mussten. Andere Betrauensmänner glaubten, es wüsste keine Beiträge mehr eingeholt, bis nach dem Kriege. Die verschiedenen Versuche, wie persönliche Ansprache, Besuch in der Wohnung und Abholung von Habitsver sammlungen hatten nur teilweise Erfolg. Bezüglich der vom Kriegsdienst Berufsschule lehrten kann ich mitteilen, daß die meisten sich auf dem Barts geweckt haben; einige haben wie aussuchen müssen.

Zur verflossenen Jahre wurden 32 Maßnahmen gefügt. Als Hindernisse in der Agitation kann man zunächst die Unsicherheit von der Einberufung zu den Graben bezeichnen. In zweiter Linie war dadurch kein Erfolg zu erwarten, weil Leute, welche früher keinen festen Beruf hatten, mit einem Male viel Geld verdienten und dadurch glaubten, keine Organisation notwendig zu haben. In der Hauptlache fehlte es aber an der Willenskraft unserer Mitglieder. Auch die Agitation unter den Arbeitern hat während der Kriegszeit vollständig versagt. War es vor dem Kriege schwierig, die Arbeitnehmer für die Organisation zu gewinnen, so war es jetzt noch schwieriger. Viele wurden erledigt und konnten nicht aufgenommen

sentbearbeitung, ebenfalls in erster Linie für die Römer der Waffenerzeugung, zur Einführung. Hier waren es zuerst die Etrusker, die geschichtlichen Vorgänger der Römer auf dem Boden Italiens, die diese Kunst betrieben, von deren Erzeugnissen einzelne Stücke bis heute erhalten geblieben sind. Zu ungemein größerer Bedeutung als Waffenmetall aber gelangte das Eisen erst bei den Römern, deren gesamte Kriegstechnik auf der Verwendung eiserner Waffen beruhte und auf dieses Metall in nicht geringerem Maße wie das heutige Kriegswesen angewiesen war. Die ausgedehnten und unauslöschlichen Kriegszüge der Römer, die sich fast auf die ganze damals bekannte Welt erstreckten, erzeugten einen ständigen gewaltigen Bedarf an Eisen und Eisenwaffen, und um diesen genügen zu können, legten die Römer nicht nur in Italien, sondern auch in ihren Provinzländern förmliche Eisenwaren- und Waffenfabriken an. Dennoch mussten sie noch aus anderen Ländern Eisenwaffen einführen. Im Schwert der Römer feiert das Eisen als Kriegsmetall seinen größten Triumph im

Höchster Wertschätzung erfreute sich das Eisen und alle mit dessen Gewinnung und Bearbeitung zusammenhängenden Künste bei den alten germanischen Völkerschaften. Die alten Germanen waren durchaus geschickte Eisenarbeiter, und in der Schweiz und in Oberitalien, dann aber auch in den eigentlichen deutschen und allen ehemals von Germanen bewohnten Ländern sind uralte Eisenschmelzen gefunden worden, die zum Teil sehr frisch entstanden sein müssen. Beile, Hämmer, Axtte, Schwertter, Spathen, Ketten und Waffenschmiede, späterhin auch Ketten aus Eisen sind die Erzeugnisse der altgermanischen Schmiedekunst gewesen, wie vielfache aus jener Zeit herrührende Funde beweisen. Eine eigentliche Methode der Keltenbarer, eines germanischen Volksstamms, gutes Eisen zu schmieden, beschreibt der griechische Schriftsteller Dioboros, der zur Zeit der Geburt Christi lebte. Er berichtet, daß die Keltenbarer um ein besonders gutes Eisen für ihre Waffen zu bekommen, große Eisenstücke in die Erde eingraben und solange in bießer liegen ließen, bis sie zu einem Teile von Moos zerfressen waren; aus dem übriggebliebenen Teil schmiedeten sie dann ihre Waffen, die wegen ihrer hervorragenden

Eigenschaften war ihnen ebenfalls bewußt, ebenfalls die härrende Wirkung des Kohlenstoffes auf Eisen. Der Waffenschmied und seine Schmiedefertigkeit hatten in den Heldenlegenden der Germanen immer eine herausgehende Rolle; keinen aber hat die Sage bisher geschildert als den Waffenschmied Bierland, der aus Vorfädern Schmiede stammte und die schärfsten Schwerter schmiedete, die jemals Helden trugen. Ein sehr merkwürdiges Rezept zur Herstellung des Schwertsteins berichtet die Sage vom Edel Land; er soll das Material für seine trefflichen Schwerter bereitet haben, indem er zunächst ein gewöhnliches Schwertschmiede setzte, dieses dann zerstörte und die freiliegende, mit Milch und Wehl zu einem Teig verrührte, Rastätigkeit zu fressen gab; aus deren Extremenen schmiedete er bei Eisen sodann wieder aus und schmiedete aus diesem dann erst das Schwert. Diesem sagenhaften und jedenfalls etwas sehr umständlichen Verfahren mag aber doch ein richtiger Kern zu Grunde liegen, insoweit nämlich, als das Eisen hierbei Kohlenstoff aufnahm, sich also in Stahl verwandelte, der freilich ein Schwert von viel größerer Festigkeit und

Schärfe als das gewöhnliche Eisen ließerte. Im Mittelalters, der Zeit des Rittertums, waren Eisenstiegeisen und Stahl die das gesuchte Kriegswesen beherrschende Arbeitsstoffe des Waffenschmiedes. Die Rüstung des Ritters stellte ihm vor große Anzüge. Feind und undurchdringlich gegen Sich und Feind sollte sie sein, zugleich aber stellte der verfeinerte Schmied auch bestimzte Anforderungen an die Rohstoffbeschaffung und die künstlerische Herstellung von Rüstung und Waffen, die daher nicht nur Erzeugnis eines Kriegers und in ihrer Art hochentwickelten Waffenschmieds waren, sondern auch eines zu höchster Vollte gelehrten Geschäftsmannes waren, das hier ein großes und fruchtbares Feld der Kleinkunst und Geschicklichkeit suchte.

Dann aber kam die große Revolution auf dem Felde des Waffenwesens und der Waffentechnik, die Erfindung des Schießpulvers und mit ihr die Entwicklung von Geschützwaaffen, die auch eine weitgehende Umwidmung in der Verwendung der Waffen für den Einsatz der Kriegs- und Waffentechnik zur Folge hatte. Es kann nahe liegen, man ursprünglich verkannte, auch die Gewalt

